

Antrag A01-A06 (Sammlung)



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Zur 12. Landesdelegiertenversammlung

Änderungsanträge zu „Freie Berufe in NRW“ (mit Voten der Antragskommission)

1

2 **A 01**

3 **Antragsteller MIT KV Ennepe-Ruhr**

4 Zeile 81 hinter „Freiberufler“ einfügen:

5 „...ohne staatliche Subventionen mit der Folge von Wettbewerbsverzerrungen...“

6

7 Begründung:

8

9 Zunehmende Subventionen bedrohen die Position der gesunden Firmen am Markt und fördern
10 eine planwirtschaftliche Marktentwicklung die eine soziale Marktwirtschaft zerstört.

11

12 **Votum der Antragskommission: Annahme**

13

14 **A 02**

15 **Antragsteller MIT KV Ennepe-Ruhr**

16

17 Zeile 129-133 streichen:

18

19 „Insbesondere plädieren wir für einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern.

20 Wir fordern, dass die Länder bei den Steuern, bei denen sie wie bei der Erbschaftssteuer
21 alleine die Ertragshoheit haben, auch die Gesetzgebungshoheit haben.“

22

23 Begründung:

24 Einseitige Steuervorteile von Bundesländern führen zu Verzerrungen der Wettbewerbslage für den
25 gesamten Mittelstand im Bundesgebiet. Dies wird am Beispiel des Bankenstandortes Frankfurt
26 aufgeführt. Eine einseitige Änderung des Erbrechtes zu Gunsten von Firmeneignern würde dazu

führen das viele Briefkastenfirmen in Hessen entstünden und aus anderen Bundesländern abgezogen würden.

Votum der Antragskommission: Ablehnung

A 03

Antragsteller MIT KV Ennepe-Ruhr

Zeile 213 hinter „Gebühren- und Honorarordnungen“ einfügen:

„... europakonform...“

Begründung:

Sich schon jetzt auf Europa einstellen, bringt Vorteile und verhindert, dass durch Entscheidungen aus Brüssel Nachteile für die freien Berufe entstehen.

Votum der Antragskommission: Annahme

A 04

Antragsteller MIT KV Solingen

Zusätzlichen Punkt hinter Zeile 269 ergänzen:

"Wir unterstützen die Zuwanderung gründungswilliger und investitionsfreudiger Menschen aus aller Welt nach NRW. Innovationsfähigkeit, Erfolgsorientiertheit und internationale Erfahrung eingewanderter Bürger können den Wirtschaftsstandort, den Arbeitsmarkt und die Integrationsfähigkeit in NRW stärken.

Votum der Antragskommission: Annahme in folgender Fassung:

"Wir unterstützen die Zuwanderung gründungs- und investitionsfähiger Menschen aus aller Welt nach NRW. Innovationsfähigkeit, Erfolgsorientiertheit und internationale Erfahrung eingewanderter Bürger können den Wirtschaftsstandort, den Arbeitsmarkt und die Integrationsfähigkeit in NRW stärken.

A 05

Antragsteller MIT KV Ennepe-Ruhr

Zeile 365 hinter „Erfolgsmodell“ einfügen:

„...erhalten und...“

Begründung:

Das Gesundheitsmodell in Deutschland ist in der Krise (s. Gesundheitsfond usw.). Dennoch ist der Gesundheitsmarkt der zweitgrößte Arbeitsmarkt und seine Qualität hat direkten Einfluss auf die empfundene gesellschaftliche Solidarität und deren Konsensfähigkeit in der Bevölkerung.

Votum der Antragskommission: Annahme in folgender Fassung:

Neue Kapitelüberschrift:

f) Das Gesundheitswesen zukunftsorientiert weiterentwickeln

A 06

Antragsteller MIT KV Ennepe-Ruhr

Zeile 389, ersetze hinter „Ärzten“: „ ...und Krankenhäusern...“ durch „... in freiberuflicher Tätigkeit...“, weiter mit „...verantwortlich geführt werden.“

Begründung:

Die Verankerung von Krankenhausträgern und Krankenhäusern im Bereich der ambulanten Versorgung über das jetzt schon bestehende Maß hinaus gefährdet die Freiberuflichkeit von Ärzten und Zahnärzten und schwächt die ambulante Medizin. Ein solches Vorgehen führt dazu, dass die Krankenhausunternehmen die ambulante Versorgung nach Marktregionen aufgliedern und die ambulanten Versorgungszentren als Zuweiser für Ihre Kliniken missbrauchen. Dies wird dazu führen, dass günstige ambulante Versorgungssysteme zum Nachteil von teuren stationären Klinikversorgungskonzepten unterentwickelt bleiben. Am Ende werden Konzerne sowohl die ambulante als auch stationäre Versorgungshoheit besitzen und den Kommunen, die den Versorgungsauftrag weiterhin besitzen und auch den Kostenträgern Ihre Bedingungen aufzwingen.

Eine krankenhausbestimmte ambulante Versorgung zerstört die Grundlage der Freiberuflichkeit von Ärzten und Zahnärzten und das Prinzip der Selbstverwaltung.

Votum der Antragskommission: Annahme in geänderter Fassung:

Zeile 389, ergänze hinter „...verantwortlich geführt werden.“:

„Freiberuflich geführte Lösungen sollten dabei nach unserer Auffassung Vorrang haben.“